

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Eva Gottstein

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Angelika Weikert

Abg. Kerstin Celina

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Staatsministerin Melanie Huml

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Gleiche Mütterrente für alle (Drs. 17/16)**

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte eigentlich gern den Herrn Ministerpräsidenten persönlich angesprochen, weil es um ein Thema geht, von dem er immer sehr gerne spricht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ministerpräsidentenkonferenz!)

- Ich weiß, dass er entschuldigt ist, das ist klar. Trotzdem darf ich erwähnen, dass es sein Thema ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Stellvertreterin ist ja da!)

- Ja, aber die äußert sich zu diesem Thema nicht so oft. – Zu den Aufgaben der Opposition gehört neben der Kontrolle der Regierung, dass sie Ideenlieferant für Plagiate ist, und auch die Erinnerung an und Kontrolle von Versprechen. In diesem Zusammenhang geht es um den Tatbestand, dass nach wie vor ein Rentenpunkt für Kinder, die vor 1992 geboren worden sind, gewährt wird und drei Rentenpunkte für Kinder, die nach 1992 geboren worden sind, gewährt werden. Im Wahlprogramm der CSU stand ganz klar: soziale Sicherheit, Mütterrente, wir kümmern uns darum, dass das Rentensystem in diesem Zusammenhang Schritt für Schritt verbessert wird. Das ist uns zu wenig. In sehr vielen Wahlveranstaltungen haben es die Kolleginnen und Kollegen dieser Seite auch anders gesehen und sehr vollmundig versprochen: Das ändern wir im Hinblick auf eine volle Gleichbehandlung. Letzte Woche ist bei der Frauen-Union Regensburg wieder ganz klar versprochen worden: Wir sorgen für die Gleichstellung und die Gleichbehandlung aller Mütter.

Deswegen verlangt der erste Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER in dieser Legislaturperiode, das endlich umzusetzen bzw. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass dies umgesetzt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum ist das unser erster Dringlichkeitsantrag? - Erstens haben wir es satt, dass wir dauernd nur Versprechungen hören. Zweitens ist dieser Sachverhalt sehr wichtig, um der steigenden Altersarmut bei Frauen wenigstens etwas entgegenzuwirken. Drittens verstößt die jetzige Situation gegen jedes Gerechtigkeitsempfinden. Vor dem Gesetz sind alle gleich, auch die Kinder, die vor oder nach 1992 geboren sind; die aktuelle Regelung ist überhaupt nicht nachzuvollziehen. Letztendlich ist es unser erster Dringlichkeitsantrag, weil die jetzige Regelung unsozial und unchristlich ist.

Es ist mit keiner Logik zu erklären, warum ein Kind, das vor 1992 geboren ist, einen Rentenpunkt wert ist und ein Kind, das nach 1992 geboren ist, drei Rentenpunkte wert ist. Die nach 1992 geborenen Kinder sind weder schöner noch schwerer noch intelligenter noch sonst irgendetwas. Das sind alles Kinder, die von Müttern geboren worden sind. Wenn ich die Erziehungsleistungen dieser Mütter würdigen will, darf ich hier keinen Unterschied machen. Mit Finanzargumenten zu kommen, ist hier völlig fehl am Platz. Wir reden von Steuergeldern, die wir für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe brauchen. Für ein Betreuungsgeld sind Mittel da; das muss man immer wieder betonen. Wir reden hier von einem halben Betreuungsgeld. Wir erheben unsere Forderung heute nicht zum ersten Mal. Ich bitte, zuerst in diesem Punkt die Hausaufgaben zu machen. Dann können wir über eine andere Wertschätzung von Müttern weiterreden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass Sie sich noch einmal Gedanken machen, und wir bitten Sie zuzustimmen, weil Sie es eigentlich müssten, wenn Sie sich selber ernst nehmen. Bestrafen Sie nicht all die Mütter, die sich für Kinder entschieden haben, als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wesentlich schwieriger und kaum

möglich war! Das tun Sie nämlich mit der jetzigen Regelung. Bestrafen Sie nicht die Mütter, die sich für eine Mehrkindfamilie entschieden haben, wie es vor 1992 wesentlich öfter der Fall war, und wirklich keine Alternative hatten, als die Kinder selbst zu Hause zu erziehen!

Wir reden hier durchaus auch von Geld. Wir reden bei drei Rentenpunkten bei einer Mutter, die drei Kinder geboren hat, von einer Rente, die fast 300 Euro beträgt. Bei einer Mutter, die später in Teilzeit gearbeitet hat, bedeutet das sehr wohl eine deutliche Aufbesserung ihres Renteneinkommens. Zeigen Sie durch Zustimmung zu unserem Antrag Ihre Wertschätzung der Familie! Denken Sie in diesem Fall nicht an die 6,5 Milliarden Euro, weil Sie das beim Betreuungsgeld auch nicht tun. Im Vergleich mit dem Betreuungsgeld stimmt die Größenordnung. Stellen Sie sich bitte dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Nehmen Sie uns Frauen, nehmen Sie uns Mütter ernst, egal, wann wir Kinder geboren haben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herzlichen Dank. Nächster Redner ist Herr Kollege Unterländer.

**Joachim Unterländer (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ist so überflüssig wie ein Kropf.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Falsche Rede!)

- Ich nehme die "GRÜNEN" zurück und spreche von den "FREIEN WÄHLERN". Wir müssen das Folgende feststellen: Erstens. Bereits seit längerer Zeit, mindestens seit der letzten Legislaturperiode, gibt es eine Beschlusslage,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Beschlüsse gibt es viele! Umsetzen!)

die auf eine Initiative der CSU-Fraktion zurückzuführen ist, dass für die Erziehungszeiten für Kinder, die vor dem 1. Januar 1992 geboren worden sind, schrittweise die gleichen Bedingungen gelten wie für Kinder, die danach geboren worden sind.

Zweitens ist es so, dass wir in diesen Tagen Koalitionsverhandlungen in Berlin mit dem Ziel führen, dass unter anderem das Ziel der schrittweisen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten für Geburten vor dem 01.01.1992 realisiert wird. Dies ist erklärter Wille der CSU und ist ausdrücklich festgestellt über den Bayernplan, der unsere Inhalte auf diesem Gebiet deutlich macht, und über ein Papier, das der Ministerpräsident auf der Parteivorstandssitzung in dieser Woche dargestellt hat. Wir treten dafür ein, dass ab dem 01.01. des kommenden Jahres Kindererziehungszeiten für vor dem 01.01.1992 geborene Kinder mit einem zusätzlichen Beitragspunkt als einem ersten Schritt mit monatlichen Verbesserungen von 28 Euro für alle betroffenen Frauen berücksichtigt werden.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das hilft aber nichts! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da brauchen wir mehr!)

Es wird dann selbstverständlich zu weiteren Überlegungen kommen, aber wir müssen schnell handeln, und wir müssen im Übrigen gemeinsam in den Koalitionsverhandlungen,

(Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER) und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

meine sehr geehrten Damen und Herren, zu Ergebnissen kommen, die das Thema Altersarmut konsequent angehen,

(Lachen des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

und da gehört die bisherige Benachteiligung, was Kindererziehungszeiten vor dem 01.01.1992 anbelangt, eindeutig dazu.

Es ist der CSU besonders wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass diese Mütterrente kommt und dass sie in Schritten kommt.

Wir wollen kein Wolkenkuckucksheim, sondern wir wollen eine realistische Lösung, und diese realistische Lösung heißt, die vorhandenen Überschüsse,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie groß sind die ungefähr?)

die sich durch die Beitragszuführungen aus Steuermitteln für Kindererziehungszeiten in einer Größenordnung von über sechs Milliarden Euro ergeben haben, in den kommenden Jahren zu verwenden. Damit ist eine wasserdichte Lösung in einer ersten Stufe realisierbar.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das muss eine langfristige Lösung sein!)

In einer zweiten Stufe werden alle weiteren Maßnahmen zur Altersarmut miteinander zu beraten sein. Ich hoffe, dass wir auch da zu guten Lösungen kommen. Wir sind der Meinung, Steuerfinanzierungen sind hier nicht der richtige Ansatz, weil die Belastungen für diejenigen, die die Leistungen in Anspruch nehmen können, in der Rentenversicherung nach dem Motto "Auf der einen Seite gebe ich, auf der anderen Seite ziehe ich wieder aus der Tasche raus" zu völlig verkehrten und kontraproduktiven Lösungen führen. Wir lehnen deshalb diesen Antrag ab.

Wir sind zuversichtlich, dass die Beschlusslage der CSU, die Beschlusslage der Bayerischen Staatsregierung und letztlich auch die Beschlusslage des Bayerischen Landtags zur Entlastung der Mütter und zur Einführung einer Mütterrente für diejenigen, die Kinder vor dem 01.01.1992 geboren haben, mit einer schrittweisen Gleichstellung mit Geburten nach diesem Zeitpunkt schnellstmöglich realisiert wird. Dafür stehen wir.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Vielen Dank. Dann folgt die Kollegin Angelika Weikert.

**Angelika Weikert (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich will gleich vorwegschicken: Aus Gerechtigkeitsgründen ist die SPD für eine Gleichstellung von Müttern, egal wann deren Kind auf die Welt gekommen ist. Die Erziehung von Kindern ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, und diese Aufgabe muss von dieser Gesellschaft angemessen honoriert werden.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb muss es darum gehen, Herr Unterländer, diese Ungerechtigkeit abzubauen. Ihr Vorschlag in den momentanen Koalitionsgesprächen ist nur eine schrittweise Anhebung. Sie haben es ja gesagt: Sie wollen aus einem Punkt zwei machen. Es bleibt aber immer noch der Unterschied zwischen zwei und drei Punkten. Aber das ist Ihnen bewusst. Deshalb sollte man sich etwas zurückhalten mit Äußerungen in der Öffentlichkeit, wie gerecht doch letztlich die Union ist. Es bleibt eine Gerechtigkeitslücke.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD, ich habe es gesagt, ist dafür, diese zu beseitigen, aber gleichzeitig sagen wir, wir brauchen ein klares Finanzierungskonzept. Da gibt es jetzt den Vorschlag der Union, der momentan auf dem Tisch liegt: Wir finanzieren die Rente aus Beitragsmitteln. Sie betonen, dass die Rentenversicherung eine hohe Rücklage hat, und malen dies in tollsten Bildern aus.

Nur möchte ich Sie schon darauf aufmerksam machen und daran erinnern, dass ein zukunftssicheres Rentenkonzept nicht nur zwei, drei, vier oder fünf Jahre halten muss, sondern wirklich auf die nächsten Generationen ausgerichtet sein muss. Dazu gehören mehrere Bausteine. Dazu gehört die Vorsorge gegen Altersarmut, wofür die SPD das Konzept der Solidarrente hat. Dazu gehört ganz eindeutig – das ist längst überfällig - die Erhöhung der Erwerbsminderungsrente. Es ist ein Skandal, wie wenig Er-

werbsminderungsrente Menschen, die nicht mehr arbeiten können, inzwischen bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört, dass wir die Rehabilitation ausbauen. Auch das ist eine Schande, wie viele Anträge abgelehnt werden, wenn Menschen ihre Gesundheit wieder aufbauen müssen, um ihrem Erwerbsleben nachgehen zu können.

Ein zukunftssicheres Rentenkonzept hat mehrere Bausteine. Die Mütterrente kann nur ein Teil eines Maßnahmenbündels in diesem Konzept sein. Deswegen wird die SPD auch darauf drängen, dass die Mütterrente, wenn sie kommt, aus Steuermitteln finanziert wird und im Gegenzug von der CSU, von der Union, ein klares Finanzierungskonzept kommt.

(Beifall bei der SPD)

Ein Weiteres noch, auch das gehört zu dem Thema Altersarmut und Gleichstellung von Männern und Frauen: Wir müssen uns die Erwerbsbiografien von Frauen anschauen. Und da gilt für die SPD das Bündel von "Gute Arbeit", das heißt: Mindestlohn, Abbau von Leih- und Zeitarbeit, Entgeltgleichstellungsgesetz, endlich gleiche Bezahlung, gleicher Lohn für Frauen und Männer. Das sind Konzepte, die Altersarmut abbauen werden.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne freuen wir uns auf spannende Koalitionsverhandlungen. Der Teil auf dieser Seite ist ein Stück weit beteiligt. Wir natürlich auch. Wir werden auch von unseren Parteikollegen entsprechend informiert. Bei der SPD wird auch die Basis durch einen Mitgliederentscheid mitentscheiden. Wir hoffen hier auf gute Ergebnisse. Die Zukunft muss eben durch richtige Konzepte ausreichend gesichert sein.



**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Vielen Dank. Dann darf ich die Kollegin Kerstin Celina ans Rednerpult bitten.

**Kerstin Celina (GRÜNE):** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, jeder von uns hier im Plenum, aus jeder Region Bayerns und aus jeder Partei, wurde im Rahmen des Landtagswahlkampfes mindestens einmal zu seiner Position zum Thema "Gleiche Mütterrente für alle" gefragt: von allen älteren Mitbürgerinnen, die uns an Infoständen und auf Veranstaltungen zu Recht darauf hingewiesen haben, dass dieses Thema eine Lösung braucht; von den Rentnerinnen, die sich viele Jahre intensiv um ihren Nachwuchs gekümmert haben und die gar keine Möglichkeit hatten, Beruf und Familie zu vereinbaren, weil damals alles, was dazu notwendig ist, fehlte: Kinderbetreuungsmöglichkeiten ebenso wie Infrastruktur, um zur Arbeit zu kommen, und technische Hilfsmittel im Haushalt. Zumindest die sind heute gang und gäbe.

Wir alle, die intensiv Wahlkampf betrieben haben, wurden von Rentnerinnen angesprochen, die viel geleistet haben und die jetzt arm sind. Sie fragen sich, warum ihre Kinder, die vor 1992 geboren wurden, im wahrsten Sinne des Wortes weniger wert sind als Kinder, die nach 1992 geboren wurden. Ich bin sicher, Sie alle haben diesen Frauen geantwortet: Ja, das ist ungerecht, ja, das muss geändert werden. Jetzt liegt der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER vor. Wir haben nun die Chance, dies zu ändern und Wahlversprechen einzulösen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Schon im Jahr 2010 hat die hier eingesetzte Kommission namens "Anforderungen aus dem zweiten Bayerischen Sozialbericht" konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt und die Erhöhung der Anrechnungszeiten für die Erziehung der vor 1992 geborenen Kinder gefordert, übrigens gemeinsam mit der Erhöhung der Anrechnungszeiten für familiäre Pflege. Diese Forderungen gehören nach wie vor zusammen. Es ist schade, dass die FREIEN WÄHLER diese ebenso wichtige Forderung, nämlich die Anrechnung familiärer Pflegezeiten, nicht in ihrem Antrag genannt haben. Auch bei der Erar-

beitung eines Dringlichkeitsantrags hätte man sich die Zeit nehmen können, dies hineinzuschreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist egal, ob man sich um jungen Nachwuchs oder um ältere Familienmitglieder kümmert. Beides ist gleich wichtig. Beides darf nicht zu Altersarmut führen. Genau das ist aber der Fall. Genau hier entsteht Altersarmut. Das ist, bei allen politischen Unterschieden in diesem Plenum, unstrittig.

Was ist nun zu tun? - Ganz klar: Wir müssen für mehr Gerechtigkeit sorgen und Altersarmut vermeiden, indem wir heute in diesem Plenum feststellen, dass wir für die Gleichbehandlung aller Mütter sind, zum Beispiel durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Was ist noch zu tun? - Wir müssen auf Bundesebene auf die Vermeidung von Altersarmut bei Pflegeleistungen dringen. Das muss jeder in seiner Fraktion und entsprechend seiner Position tun. Wir müssen außerdem überlegen, wie wir dies finanzieren. Die FREIEN WÄHLER beantragen eine Finanzierung über Steuermittel. Das ist logisch und konsequent; denn die enormen Mehrkosten, die uns bevorstehen, wenn wir die Gleichbehandlung der Mütter umsetzen wollen, können bei der erwarteten demografischen Entwicklung nicht von den Beitragszahlern finanziert werden.

Da einige Parteien den Zuzug junger Menschen aus anderen Ländern, die als Arbeitskräfte in die Rentenversicherung einzahlen könnten, verhindern, können wir auch nicht davon ausgehen, dass wir in Zukunft mehr Beitragszahler für die Rentenkassen haben werden. Insofern haben die FREIEN WÄHLER recht. Die Rentenversicherung taugt zumindest langfristig nicht als Basis für die Finanzierung der beantragten Maßnahmen; denn ein Renten-Plus für acht Millionen Mütter ist zumindest auf Dauer nicht aus der Rentenportokasse zu finanzieren, auch wenn die Kasse zum jetzigen Zeitpunkt prall gefüllt ist. Jetzt bleibt nur noch die Frage, welche Steuern wir nehmen. Hierzu fin-

det sich in dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag leider kein Vorschlag. Hier hätte ich gerne etwas mehr gewusst.

Wir GRÜNE haben in den letzten Monaten viel über Steuern geredet. Deswegen verzichte ich heute darauf darzustellen, aus welchen Steuern wir dies finanzieren würden. Wer dazu noch Fragen hat, kann aber nach dem Plenum gerne auf mich zukommen. Dann werde ich ihm oder ihr gerne unser Steuerkonzept erklären und es richtig kommunizieren. Dabei kann ich dann gleich noch unser Konzept der steuerfinanzierten Grundrente in Höhe von 850 Euro im Monat erläutern, das eine geeignete Alternative wäre, um zu mehr Gerechtigkeit für Mütter und Pflegende zu kommen.

In der letzten Legislaturperiode wurde übrigens das Thema des heute vorliegenden Dringlichkeitsantrags schon einmal behandelt. Bei dem damals diskutierten Antrag zur Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten in der Rentenversicherung hätte ich auch schon gerne mitgeredet, war aber leider noch nicht dabei. Ich kenne aber das Ergebnis: Herr Seehofer wollte schon damals eine, ich zitiere, neue Epoche in der Renten- und Familienpolitik einleiten, mit einer besseren Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten. Der Antrag der FREIEN WÄHLER bietet jetzt die Möglichkeit, einen ersten Schritt zu tun, um mit einer Anrechnung von Pflegezeiten nachzuziehen.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es auch andere gute Konzepte zur Vermeidung von Altersarmut gibt, zum Beispiel eine Garantierente. Ich bin auch der Meinung, dass der Antrag der FREIEN WÄHLER noch nicht perfekt formuliert ist. Er hat aber das richtige Ziel, nämlich Altersarmut zu vermeiden, und er fordert eine Finanzierung der Mütterrente durch Steuern. Wer kann dazu schon Nein sagen? Wir GRÜNE sehen dies in der aktuellen Lage als einen wichtigen Schritt an, um endlich zu Potte zu kommen. Über die notwendigen Steuererhöhungen können und werden wir uns später sicher noch einmal unterhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Celina. Jetzt hat Frau Staatsministerin Huml das Wort.

**Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium):** Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Dringlichkeitsantrag setzt sich für höhere Renten für Mütter ein. Wer könnte da dagegen sein? Gerade die Staatsregierung hat diesen Vorschlag eingebracht. Es ist schön, dass viele Fraktionen bei diesem Vorschlag mitgehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass Frauen, die ihre Kinder nach 1991 geboren haben, drei Kindererziehungsjahre angerechnet bekommen, während Müttern, die ihre Kinder vor 1992 bekommen haben, nur ein Jahr gutgeschrieben wird. Dieser Unterschied hat nur einen Grund, nämlich zwischenzeitliche Leistungsverbesserungen, die mit einer Stichtagsregelung verbunden waren, wie das häufiger der Fall ist.

Ältere Mütter haben aber keineswegs weniger für unsere Gesellschaft geleistet. Sie verdienen unsere Anerkennung genauso. Gerade die Renten von Müttern sind besonders niedrig, und zwar umso niedriger, je mehr Kinder erzogen wurden. Wir alle, auch die Bayerische Staatsregierung, wollen die Altersarmut gerade von Müttern bekämpfen. Deshalb macht sich die Staatsregierung, allen voran Ministerpräsident Horst Seehofer, für zusätzliche Kindererziehungszeiten auch für die heutigen Rentnerinnen mit Geburten vor 1992 stark.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bekanntlich ist dies auch mit Kosten verbunden. Über sechs Milliarden Euro jährlich fallen allein für ein zusätzliches Kindererziehungsjahr an. Wir wollen dies solide finanzieren, Schritt für Schritt. Durch die hohen Rücklagen in der Rentenversicherung und vorhandene Steuermittel für Kindererziehungszeiten ist das auch möglich. Wir wollen dafür keine Steuererhöhungen einführen. Wir wollen sie nicht, und wir brauchen sie nicht.

Gestern haben im Bund die Koalitionsverhandlungen begonnen. Für den Freistaat Bayern wird dies dabei ein ganz wichtiges Thema sein. Meine Kollegin, die Familienministerin Emilia Müller, wird sich dafür einsetzen, eine gute Lösung für die Mütter in unserer Gesellschaft zu finden, damit ihre Leistungen finanziell anerkannt werden.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/16 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.